

EU-Pläne bedrohen die Region

Pflanzenschutz: Obstbau und Industrie sehen schwarz – Brüssel will Großteil der Wirkstoffe streichen

Kreis Stade (bv). Der Obstbau und der Industrieverband Agrar schlagen Alarm: Die Europäische Union plant eine neue Pflanzenschutzmittelverordnung. „Die EU-Pläne kämen – für die Industrie und die Landwirtschaft – einer Katastrophe gleich“, warnt der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Agrar, Volker Koch-Achelpöhler. Mehrere Vorschläge liegen auf dem Tisch, zwischen neun und 85 Prozent der Wirkstoffe könnten wegfallen, wenn sich Kommission und Parlament durchsetzen.

Schon heute könnten im Obstbau viele Schädlinge nicht mehr richtig bekämpft werden, weil die Mittel fehlen. Künftig ständen weitere Kulturen – wie Raps, Weizen oder Kartoffeln – ohne einen ausreichenden Schutz da. Bei den Insektiziden und den Fungiziden blieben „fast keine Mittel übrig“, warnte der Hauptgeschäftsführer gestern bei Stähler International in Stade. Der EU-Umweltausschuss, Berichterstatterin ist Hiltrud Breyer (Grüne), will die Zulassungskri-

terien für die Wirkstoffe verschärfen. Bislang galt die Regel der Risikobewertung, doch die EU-Kommission will Wirkstoffe mit bestimmten Eigenschaften grundsätzlich nicht mehr zulassen, „obwohl die Risiken beim Einsatz minimal sind“, sagt Koch-Achelpöhler.

Wissenschaftlich lasse sich die geplante EU-Verordnung nicht mehr begründen, die basiere zurzeit „auf ideologisch motivierter Politik“. Sein Vergleich: Eine Tasse Kaffee enthalte zehn Milligramm krebserregende Chemikalien. „Das ist weit mehr als die Menge an synthetischen Pflanzenschutzmittel-Rückständen, die ein Mensch pro Jahr zu sich nimmt“, rechnet der Industrievertreter vor; gleichwohl denke niemand daran, den Kaffeekonsum zu verbieten.

Der Obstbau verwies auf die Monitoringstudie der Biologischen Bundesanstalt aus Klein Machnow; die hatte gezeigt, dass die Altländer Obstbauern mit ihrem Chemie-Einsatz keinen stummen Frühling produzieren. „Wir haben nichts gegen strenge Vorgaben bei Zulassung und Anwendung, im-

mer vorausgesetzt, dass diese fundiert sind“, so Koch-Achelpöhler.

Sollten sich die „Greenpeace-Gläubigen“ durchsetzen, wären die Folgen für die Landwirtschaft und die Verbraucher verheerend. Die Zahl der Behandlungslücken stiege, genauso wie die Gefahr von Resistenzen, sagt Gerd Beckmann von der Fachgruppe Obstbau. Der Industrieverband befürchtet, dass Kulturen, vor allem Obst und Gemüse, abwandern. Damit würde die Abhängigkeit von Importen

Stähler fordert: Wirtschaft schützen

Kreis Stade (bv). Die EU-Pläne sieht Dr. Olaf Stähler von Stähler International (81 Millionen Euro Umsatz; 196 Mitarbeiter) mit Sorge. 162 Mittel hat der Pflanzenschutzhersteller im Angebot. Fünf Millionen Euro gibt Stähler jedes Jahr aus, um neue Produkte für den EU-Markt zu generieren; alle sieben Jahre muss die Wiedertzulassung beantragt werden. Das ist teuer und aufwendig. Stähler: „Wir brauchen Planungssicherheit.“ 35 Millionen Euro seien in den ver-

stiegen, den Verbrauchern droht höhere Preise – verschärft durch das Bevölkerungswachstum und den Klimawandel – und Qualitätseinbußen.

Weltweit steige die Nachfrage, bis 2015 bei Obst und Mais um 20 Prozent. Die Industrieverband Agrar fürchtet mit Blick auf eine italienische Studie vom Januar 2008, dass durch die Pläne der EU die europäische Produktion von Weizen und Kartoffeln bis 2020 um 27 beziehungsweise 50 Pro-

zent zurückgehen könnte. „Pflanzenschutz ist Voraussetzung, um lokal sicheres und gesundes Obst zu produzieren“, sagt der Leiter des Obstbau-Zentrums in Jork, Dr. Karsten Klopp. Der Lebensmittel-



Dr. Olaf Stähler (links) führt Vertreter von Politik, Obstbau und Industrie durch die Pflanzenschutz-Produktion in Stade. Foto: Vassel

zent zurückgehen könnte. „Pflanzenschutz ist Voraussetzung, um lokal sicheres und gesundes Obst zu produzieren“, sagt der Leiter des Obstbau-Zentrums in Jork, Dr. Karsten Klopp. Der Lebensmittel-

einzelhandel setze auf deutsches Obst – wegen der Sicherheit, denn Importware sei oft belastet. Auch deshalb dürfe die EU „die Wettbewerbsfähigkeit von Erzeugern und Industrie keinesfalls gefährden“.

Krogmann fordert: Wahnsinn stoppen

Kreis Stade (bv). Die Bundestagsabgeordnete Martina Krogmann (CDU) schlägt Alarm. Ein erster Entwurf aus dem Bundesumweltministerium zum neuen Umweltschutzgesetz enthält Bestimmungen, „die viele landwirtschaftliche Betriebe – vor allem im Alten Land und in Kehdingen – in ihrer Existenz gefährden würden“. Das Papier sehe vor, dass im Abstand von zehn Metern zum Gewässer keinerlei Dünge- und Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürften.

Für die Region, die von Gräben geprägt ist, würde die „absurde“ Regelung auf ein völliges Verbot hinauslaufen; vorausgesetzt, die Sondergebietsregelung wird Ende 2012 nicht verlängert. Übrigens: Betroffen wären sowohl der integrierte als auch der ökologische Landbau. „Umweltminister Gabriel muss gestoppt werden, dieser Wahnsinn darf keinesfalls Gesetz werden“, warnt Krogmann.

www.iva.de

www.staehler.com